

Völkische Demografie

zur Abwehr der Zuwanderung durch Herwig Birg und Charlotte Höhn¹

1. Die Wahrnehmung der Schrumpfung und Alterung Deutschlands durch Politik und Wissenschaft

Die demografische Entwicklung Deutschlands wurde von der Politik und der Öffentlichkeit jahrzehntelang nicht zur Kenntnis genommen. Maßnahmen gegen die bevorstehende Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung Deutschlands wurden zu einem Zeitpunkt, zu dem es noch leichter gewesen wäre, dem demografischen Trend entgegenzuwirken, nicht getroffen. Die herrschende Realitätsblindheit veranschaulicht ein Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Februar 1988². Unter der programmatischen Überschrift „fragwürdige Modellrechnungen“ kritisierte er eine Berechnung des statistischen Bundesamtes, in der bis zum Jahr 2030 eine Schrumpfung der Bevölkerung der Bonner Republik von 63 auf 43 Millionen vorausgesagt worden war. Die Botschaft zur „Fragwürdigkeit“ der statistischen Berechnung lautete im Kern: Bitte keine Aufregung, in der Mitte des 19. Jahrhunderts haben im Gebiet der Bonner Republik auch nur 40 Millionen Menschen gelebt. Damals habe es „doch sicher keine Menschenleere in Deutschland“ gegeben. Und zudem: mit weniger Menschen könnten die ökologischen Probleme des bisherigen Bevölkerungswachstums leichter bewältigt werden.

Die dramatische Form der Bevölkerungsimplosion, das brutale Tempo des Schwundes und der Alterung ohne erkennbare Aussicht auf ein Ende samt den mit ihm verbundenen möglichen desaströsen wirtschaftlichen Folgen, wurden mit keinem Wort angesprochen. Dem Zeitgeist gefiel solche Vogel-Strauss-Politik der Verharmlosung existentieller Zukunftsprobleme Deutschlands. Der Autor des Leitartikels, ein Experte für die Politik Pakistans, erhielt wenig später einen Preis

¹ Vortrag auf der Tagung des Rates für Migration am 11.9. 2005 über „Demografie und Demagogie“ unter Beteiligung der Demografen Ralf Ulrich /Bielefeld ,Heinz Fassmann/Wien und des Ökonomen Dietrich v.Löffelholz/Nürnberg

² K. Natorp, FAZ v. 6.2.1988: „Fragwürdige Modellrechnungen“..

für seine journalistische Kommentierung demografischer Daten. Ein ausführlicher Leserbrief, in dem der Verfassers³ dieses Beitrags den Leitartikel kritisierte, fand allein in zahlreichen Zuschriften von Abtreibungsgegnern eine Resonanz. Für sie war jedoch nicht der Bevölkerungsschwund der Beweggrund ihrer Reaktion, sondern die in ihnen fälschlich als Ursache des Bevölkerungsrückgangs vermutete Tolerierung von Abtreibungen.

So konnte selbst noch die 1996 von Bundessozialminister Blüm für die Rentenreform vorgeschlagene Berücksichtigung des „demografischen Faktors“ von der Opposition mit bestürzender Oberflächlichkeit vom Tisch gewischt werden. In der Politik und den Medien kam es auch jetzt nicht zu einer öffentlichen Debatte von Gewicht über die demografische Dynamik und ihre Folgen.

Dies änderte sich erst wenige Jahre später im politischen Streit der Regierung Schröder mit der Opposition über die Sicherung der Renten und der Gesundheitsvorsorge. Wohl wegen der durch ihn mobilisierten Ängste vor möglicher mangelnder Sicherheit der Renten und der Gesundheitsversorgung wurde nun zum ersten Mal die seit langem in vielen amtlichen Statistiken dargestellte Bevölkerungsentwicklung von einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Zugleich war damit ein engagiertes Interesse an Demografie und Bevölkerungspolitik geweckt worden. Plötzlich wurde gefragt: sind die Schrumpfung und Alterung der deutschen Bevölkerung unvermeidlich? Was kann getan werden, um sie aufzuhalten? Hilft eine verstärkte und zeitgemäße Familienpolitik zur Steigerung der Fertilität? Welche Bedeutung kommt der Einwanderung für die Abfederung des demografischen Prozesses zu?

Die deutsche wissenschaftliche Demografie hatte zu diesem Bewusstseinswandel wenig beigetragen. Zwar war in ihrem Bereich die anstehende Implosion der Gesellschaft Deutschlands durchaus erkannt worden. Dennoch hatte sich die Demografie hierzu in den Medien und der Politik wenig zu Wort gemeldet. Die damaligen Debatten in der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und die Veröffentlichungen Rainer Mackensens zu den

³ Dieter Oberndörfer, Wenn die Bevölkerungspyramide zum Pilz wird, FAZ 16.2.1988. Ausländische Beobachter haben den Leitartikel Natorps mehr zur Kenntnis genommen. Alfred Grosser hat erwähnt, dass er mit dem skandalösen Leitartikel seit vielen Jahren seinen Studenten die naive Wahrnehmung der deutschen demografischen Entwicklung durch maßgebliche Medien Deutschlands illustrierte.

Verstrickungen der Demografie in die rassistische Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten und deren ideologischer Vorgeschichte⁴ geben dazu erklärende Hinweise. Sie legen den Schluss nahe, dass diese Zurückhaltung ihr Motiv wohl in der Furcht hatte, in der öffentlichen Debatte sichtbar zu werden und damit Anlass für Vorwürfe neuerlicher politischer Komplizenschaft mit eigener unrühmlichen Vergangenheit zu geben. Dies umso mehr, da wie Rainer Mackensen angedeutet hat, noch „mögliche Nachwirkungen der früheren Verquickung durch die Tätigkeit entsprechend involvierter Wissenschaftler auch noch nach dem Krieg“⁵ aufzuklären waren.

Die Scheu der Demografen vor öffentlichem Sichtbarwerden, ihre Abstinenz von Politik und ihre Zurückhaltung im öffentlichen Diskurs, wurden gegen Ende der neunziger Jahre aufgegeben. Im Zuge der Rentendebatte und der mit ihr bald verbundenen Auseinandersetzung über die entlastende Wirkung von Einwanderung wurde sie zu einem eminent wichtigen Beratungsfaktor der Politik. Sie wurde dabei freilich auch bald von der Politik für ihre politischen Ziele instrumentalisiert.

Von den Chancen, die sich nunmehr für die Präsenz der Demografie in der Politik boten, hat wie kein anderer Herwig Birg, der langjährige Präsident der Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, profitiert. Durch seine Gutachten und seine zahlreichen Beiträge für das allgemeine Publikum in Büchern, Tageszeitungen („FAZ“ und „Die Welt“) und Fernsehen wurde er für viele zu einer nicht mehr hinterfragten Autorität. Hinzuweisen ist hier insbesondere auf seinen zehnteiligen Grundkurs Demographie in der FAZ in dem er ohne Gegenstimmen seine Ansichten verbreitete.

Wegen der großen Bedeutung ihrer Gegenstandsbereiche für Politik und Gesellschaft ist der Brückenschlag zur Politik in den Humanwissenschaften und gerade auch in der Demografie nicht vermeidbar. Er wird jedoch zum Ärgernis, wenn er über einen unreflektierten Geschichts – und Kulturnationalismus

⁴ Vgl. Rainer Mackensen(Hrsg.), Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik vor 1933, Opladen 2002; ferner Rainer Mackensen(Hrsg.), Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik im Dritten Reich, Opladen 2004

⁵ Rainer Mackensen, Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts „Bevölkerung“ vor dem Dritten Reich, in Rainer Mackensen(Hrsg.), a.a.O. S. 32 ff.

hergestellt wird. In besonderem Maße trifft dieser Vorwurf Herwig Birg, den gegenwärtigen „medialen Superstar“ der deutschen Demographie.

Auch Charlotte Höhn, die langjährige Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und Nachfolgerin Birgs in der Präsidentschaft der Gesellschaft für Bevölkerungsforschung, hat mit ähnlichen politischen Prämissen die öffentliche Debatte über Einwanderung beeinflusst⁶. Es wären noch andere in ihrer politischen Einstellung durchaus kongeniale Namen zu nennen.

Birgs und Höhns Bedeutung für die politische Wahrnehmung der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands und der Funktion von Einwanderung berechtigt eine kritische Betrachtung ihrer politischen Weltbilder und der normativen politischen Prämissen ihrer Demografie.

2. Birgs „demographische Zeitenwende“

Herwig Birgs statistische Arbeiten zur Bevölkerungsentwicklung sind, soweit sie sich an ein allgemeines Publikum richten, in einem emotional aufgeladenen kulturkritischen Engagement verwurzelt. Birg lehnt die Trennung von Sein und Sollen, von wissenschaftlicher Analyse und normativer Stellungnahme ab. Aus der demographischen Entwicklung der Deutschen leitet sich für ihn direkt ihr Sollen ab.

Was aber ist das Gesollte der Deutschen? In seinem Buch „Die demografische Zeitenwende“⁷, ein Bestseller, der seit 2001 in drei Auflagen verbreitet wurde, findet sich hierzu eine Schlüsselaussage in der Einleitung. In ihr bemerkt Birg, dass er „eine Beweislast fühle“, „warum ich dieses Buch überhaupt geschrieben habe“: „Der wichtigste Beweggrund ist die Aussicht, dass Unmut der demographische Niedergang Deutschlands (und Europas) rückblickend einmal als ein Vorzeichen für den Abschied unseres Landes aus seiner tausendjährigen

⁶ Vgl. hierzu Dieter Oberndörfer, Demographie und Politik, in: Dieter Oberndörfer, Deutschland in der Abseitsfalle, Herder/Freiburg 2005, 97-103.

⁷ Herwig Birg, Die demografische Zeitenwende, Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 2001, zitiert nach 3. Auflage 2003; ferner ders. Perspektiven der demokratischen Entwicklung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in Prosperität in einer alternden Gesellschaft, Frankfurter Institut, Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Kleine Handbibliothek, Band 29, S. 25-82

Geschichte gedeutet werden könnte, ohne dass diese Gefahr den heutigen Zeitgenossen überhaupt bewusst war“.⁸

Damit knüpft Birg mit seiner Forschung an frühere – und längst überwunden geglaubte – unrühmliche Überlieferungen der deutschen Demographie an. Mit dem überdimensionierten Bezug auf den drohenden Abschied von tausendjähriger Geschichte werden Deutschland und das deutsche Volk überzeitliche, dominant durch ihre Geschichte bestimmte Größen. Es geht Birg somit nicht um die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft der heutigen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik, sondern um die Bewahrung der tausendjährigen Geschichte und Kultur „der Deutschen“ – eine Konstruktion der nationalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, die das ideologische Fundament des deutschen Nationalismus seit dem Kaiserreich bildete. Geschichte und Kultur werden hier die wichtigsten Güter der Politik; wie im Nationalismus der Stammtische wird ihr Inhalt auch in der „demographischen Zeitenwende“ als unreflektierte Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Dass alle Geschichtsbilder immer auch Interpretationen mit ideologischem Hintergrund sind, ist hier wie dort nicht bewusst.

Dazu kommt, dass aus dieser Perspektive Unerfreuliches und Bedrohliches nicht zur Geschichte der Nation gehören dürfen. So werden die Geschichte und Kultur der Nation Birg zufolge ganz besonders durch die Holocaust-Debatte und Daniel J. Goldhagen bedroht. Die Behauptung Goldhagens, „die deutsche Kultur hätte immer schon in ihrem Kern aus einer immanenten Tendenz zum Holocaust bestanden“, sei jedoch durch die „kulturelle Großtat“ des Grundgesetzes als Ausdruck der ungebrochenen, aber „viel kritisierten deutschen Kultur“ widerlegt worden.⁹ Goldhagens kollektive Verurteilung der Deutschen – sofern er sie denn wirklich formuliert hat – kann zu Recht zurückgewiesen werden. Aber was hat diese mit der „kulturellen Großtat“ des unter dem Schutz der alliierten Besatzungsmächte verabschiedeten

⁸ Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. a.a.O., ³2003, S. 14; vgl. auch ders., Perspektiven der demokratischen Entwicklung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik (Hg.), Prosperität in einer alternden Gesellschaft, S. 25-82.

⁹ Birg, Die demographische Zeitenwende, a.a.O., S. 197.

Grundgesetzes zu tun? Das Kainsmal des Holocaust, die Vernichtung von sechs Millionen Juden, wurde durch sie nicht aus der Geschichte Deutschlands beseitigt.

3. Bedrohte nationale Identität: Medien, Weltgesellschaft und Einwanderung

Gefährdet ist die Nation für Birg durch den Werteverlust in Folge der „Manipulation der Wahrnehmung“ durch die moderne Kommunikationstechnologie. „Mit manipulierten, unmündigen Geschöpfen ist überhaupt keine Gesellschaft und kein Staat mehr zu machen“. „Die Absenkung des kulturellen Anspruchsniveaus durch die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche“ habe „zu einer Nivellierung des Massengeschmacks auf niedrigstem Niveau geführt“¹⁰.

Feinde der Nation sind die Weltgesellschaft und ihre Sympathisanten. In einer „globalen Weltgesellschaft“ würden nämlich „nationale und kulturelle Grenzen keine Rolle mehr spielen“ und „nationale Kulturen keine Funktion mehr haben“. Eine Weltgesellschaft, „die sich nicht auf Nationen gründet“ ist daher „eine abschreckenden Vorstellung“. Sie wird von Birg mit dem polemischen bizarren Bild einer „Nation“ verglichen, „in der es keine Familie mehr gibt und bei der die Fortpflanzung durch den Staat organisiert oder durch den Markt reguliert wird“¹¹. Die Entstehung einer Weltgesellschaft habe zwar keine Realisierungschance, sie gefährde die Nation aber schon als „bloße Hoffnung“. Mit einem Anflug kühlen Understatements „Die Preisgabe der nationalen Identität zu Gunsten der bloßen Hoffnung der Entstehung einer Weltgesellschaft wäre eine Leichtfertigkeit“¹².

Als positives Beispiel der Bejahung der Nation nennt Birg die Betonung des Nationalen durch die Präsidenten der USA. Demgegenüber aber hätten „die Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland - vor allem Roman Herzog und Johannes Rau – stets versucht, in ihren öffentlichen Auftreten sich zur Überwindung des Nationalen zu bekennen“¹³.

¹⁰ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O. S. 36

¹¹ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O. S.39 ff.

¹² Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O. S.38

¹³ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O. S.34

Die eigentliche existentielle Bedrohung der Nation, die Bedrohung ihrer physischen Existenz, erwächst für Birg jedoch aus dem „demografischen Niedergang“ Deutschlands, dem Bevölkerungsschwund und der Alterung der Deutschen.

Birg unterstreicht dabei zu Recht, dass dieser Niedergang dauerhaft nur durch „Erhöhung der Geburtenzahlen“ aufgehalten werden und Einwanderung lediglich dessen Verlangsamung bewirken kann. Da sich aber eine Anhebung der Fertilität der bundesdeutschen Frauen demografisch erst nach längeren Zeiträumen auswirken kann, bleibt Einwanderung auch für Birg das einzige Mittel, um das Tempo der demografischen Implosion aufzuhalten. Er veranschaulicht dies mit seinen eigenen statistischen Vorausberechnungen: So würde eine jährliche Nettoeinwanderung von 250,000 Einwanderern das Tempo des Niedergangs bis 2030 und 2050 ganz wesentlich verzögern. Ganz besonders aber würde der demografische Niedergang bei einer Anhebung der Fertilität von derzeit 1.35 auf 1.6 durch die Kombination mit einer jährlichen Nettozuwanderung im zuvor genannten Umfange aufgehalten werden¹⁴ - auch hier ist Birg zuzustimmen.

Einwanderung wird als unaufhaltsames Fatum aller entwickelten Industriegesellschaften, als deren „Internationalisierung“ wahrgenommen und beschrieben. Da sie „in Deutschland seit Jahrzehnten ungesteuert“ verlaufen sei, soll sie über ein „Einwanderungsgesetz“ gestaltet werden, „durch das die Quoten für Einwanderer aus und die Quoten für aus Arbeitsmarktgründen benötigte Zuwanderer jährlich aufs Neue festgelegt werden“¹⁵.

Später im Streit über die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes der Regierung Schröder hat sich Birg an diesen Vorschlag allerdings nicht mehr erinnert. Im Gegenteil, mit seiner politisch und publizistisch überaus wirksamen Polemik gegen die angeblich zwangläufigen negativen ökonomischen und kulturellen Folgen von Einwanderung hat gerade er ganz wesentlich zur Entliberalisierung des Zuwanderungsgesetzes beigetragen.

Die von Birg selbst eingeräumte Verlangsamung der demografischen Implosion durch Einwanderung wird von ihm immer wieder mit dem Argument in

¹⁴ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O. S.97-113

¹⁵ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O.S.18

Frage gestellt und relativiert, die Implosion werde durch Verlangsamung zuletzt doch nicht verhindert. Differenzierungen, dass eine Verzögerung zumindest mittelfristig durchaus positive Folgen für die Finanz- und Sozialkassen haben würde, bleiben allenfalls Marginalien.

Dies ergibt sich aus dem eigentlichen Motiv der Polemik Birgs gegen Einwanderung aus anderen Nationen und Kulturen. Sie bedroht „seine“ nationale Identität. Einwanderung führt zum „Gesellschaftstyp“ einer „Multiminoritätengesellschaft“: „Die Wertegemeinschaft der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird zur Minorität unter Minoritäten aus fremden Kulturen und verliert dadurch ihre Präge- und Integrationskraft“¹⁶. Eine multikulturelle Gesellschaft, in der wie in verschiedenen Einwanderungsländern Menschen unterschiedlicher kultureller Traditionen ohne dauerhafte undurchlässige Abschottung miteinander leben können, ist für Birg weder wünschenswert noch möglich. Die Furcht vor Verwandlung der bisherigen deutschen „Mehrheitsgesellschaft“ in eine „Multiminoritätengesellschaft“, in der „keine dieser Minderheiten“ die Mehrheit hat, sei für Deutschland wegen der höheren Geburtenzahlen der Zuwanderer vorgezeichnet. Birg bereitet damit ein Szenario auf, das die Erfahrungen der Geschichte aller industriellen Einwanderungsländer außer Acht lässt: die Prägung der Zuwanderung durch Modernisierung, Bildungswesen und Kultur der Mehrheitsgesellschaft. Sein Szenario entspricht auch nicht den Berechnungen der Bevölkerungsstatistik. Nach den Prognosen des Bevölkerungsforschungsinstituts der UNO würde bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 210.000 (Deutschland 1996-2003 jährlich = 100.000) der Anteil der Menschen ausländischer Herkunft an der Bevölkerung Deutschlands bis 2050 auf 30 % ansteigen. Die „Ausländerminoritäten“ würden also bei weitem nicht die Mehrheit der Bewohner Deutschlands stellen. Hierbei sind die Einbürgerungen der Zuwanderer, ihre Akkulturation durch die Mehrheit und die Anpassung ihrer Reproduktionsraten an die Reproduktionsmuster der Deutschen noch gar nicht berücksichtigt. So haben schon heute die Frauen der Zuwanderer aus der EU und

¹⁶ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O.S.16 ff. und Birg. Perspektiven der demografischen Entwicklung. a.a.O. S.72 u.78

aus Osteuropa (ca. 35% aller Ausländer¹⁷) - eine noch geringere Fertilität als die deutschen Frauen. Die Geburtenrate der türkischen Frauen in der Bundesrepublik ist inzwischen mit 1.7 Geburten und sinkender Tendenz schon deutlich unter den für den dauerhaften Bestand einer Population gesunken. In Birgs Prognosen wird all dies nicht berücksichtigt – auch dass beispielsweise der Anteil der Menschen mit ausländischen Pass an der Wohnbevölkerung der Schweiz zwar heute schon bei 23 % (ohne Saisonarbeiter) und in Luxemburg sogar bei über 30 Prozent liegt, aber in beiden Staaten weitere Zuwanderung als Notwendigkeit toleriert oder sogar gefördert wird .

4. Mehrheit und Minderheit

Zutreffend ist allerdings die Annahme, dass in einigen Kommunen mit hohem Ausländeranteil, die deutschstämmigen Einwohner zur Minderheit werden können. Dass sich durch Migrationen der Charakter urbaner Zentren oder ganzer Regionen ändern kann, ist der Alptraum Birgs, - obwohl eben dies eine aus Einwanderungsländern bekannte und in ihnen durchaus akzeptierte Tatsache ist. So sind beispielsweise die Angelsachsen in vielen US-amerikanischen Großstädten schon lange eine Minderheit. In einigen bundesdeutschen Kommunen sind ähnliche Entwicklungen vorgezeichnet – auch ohne weitere Zuwanderung. Solche Entwicklungen als anstehenden Untergang der Nation zu beschwören, ist nicht angemessen. Im Gegenteil: Die Frage, ob bzw. inwieweit es der Bundesrepublik gelingen wird, Einwanderer zu integrieren, ist von entscheidender Bedeutung. Im Englischen gibt es das Sprichwort: *you can't eat the pie and have it, too*, sprich: Wenn Einwanderung gebraucht wird, müssen auch ihre Folgen angenommen und positiv aufgearbeitet werden.

Birg sieht die weitere Internationalisierung Deutschlands und Europas durch Zuwanderung als unvermeidliches Schicksal. Um nun die Mehrheitsgesellschaft dennoch vor dem Verlust ihrer nationalen Identität zu schützen, fordert er einen „Gesellschaftsvertrag“ zwischen Einheimischen und Zuwanderern. Dabei komme

¹⁷ Ohne Zuwanderer aus Osteuropa = 25 %. Die derzeitige Zuwanderung aus Osteuropa ist schwer zu schätzen, da sie zum großen Teil von den Behörden statistisch nicht erfasst wird (Pendelmigration, Einreisen über Besuchervisen etc.).

den Mehrheitsdeutschen die Aufgabe zu, „den gemeinsamen Nenner zu finden und ihn im Geist der dem Grundgesetz zugrunde liegenden Wertegemeinschaft [...] zu formulieren, [...] damit jeder weiß, worum es geht“: „Die in Deutschland geborenen Kinder der Einwanderer und ihre Eltern müssen sich der Entscheidung stellen, ob sie sich innerlich mit diesem Land, mit seiner Geschichte und Kultur in einem gewissen, auch nach außen zu bekennenden Maß einzulassen bereit sind.“¹⁸ Bei diesem Imperativ („müssen“) übersieht er geflissentlich, dass erst die Bedingungen geschaffen werden müssten, die eine Identifikation mit dem Land und der Wertgemeinschaft des Grundgesetzes ermöglichen. Zu ihnen gehören die soziale Integration und die Akzeptanz zunehmender sozialer und kultureller Pluralität in der bisherigen Mehrheitsgesellschaft¹⁹.

Unverkennbar zielt der Birgsche „Gesellschaftsvertrag“ aber auf Assimilation der Zuwanderer in die Kultur der noch bestehenden Mehrheitsgesellschaft ab. Wenn Assimilation erfolgt, geschieht sie jedoch in allen Einwanderungsgruppen nicht qua Vertrag, sondern oft erst nach mehreren Generationen durch den Anpassungsdruck der Umwelt. Da aber Birg die deutsche Mehrheitsgesellschaft durch ihre Geschichte und Kultur definiert und dabei die Leistungen und Kulturen der Zuwanderer nicht berücksichtigt, können Menschen aus fremden Kulturen oder Religionen wohl kaum gleichberechtigte Mitglieder der Nation werden – selbst dann nicht, wenn sie Staatsbürger sind. So hält Birg denn auch wenig von der Möglichkeit, dass „Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft gemeinsame Überzeugungen und Fähigkeiten zu kulturellen Leistungen entwickeln werden, [...] dass man von einer Wertegemeinschaft sprechen kann.“ Relevant sind für ihn nur Geschichte und Kultur der Mehrheitsgesellschaft, und Einwanderung wird als Bedrohung vermeintlicher kultureller und ethnischer Homogenität gedeutet. Die Geschichte und Kultur der Mehrheitsgesellschaft müssen sich in seiner Sicht der Aneignung und Integration von ursprünglich Fremdem verschließen.

¹⁸ Birg, Die demografische Zeitenwende, a.a.O. S.196 f.

¹⁹ Vgl. hierzu auch Dieter Oberndörfer, Die Rückkehr der Gastarbeiterpolitik, in: „Blätter“, 6/2005, S. 725-734; Jutta Limbach, Multikultur und Minderheit. Das Toleranzgebot des Grundgesetzes, in: „Blätter“, 10/2005, S. 1221-1229

Es findet sich keine Stelle in den Schriften Birgs, in der er die großen Leistungen von Einwanderern in der Migrationsgeschichte anderer Staaten oder gar in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands anerkennt und würdigt²⁰. Im Gegenteil: In der „demographischen Zeitwende“ und auch in anderen Schriften werden die Ausbildung und das berufliche Können der großen Mehrheit der Zuwanderer Deutschlands durchgängig abschätzig benotet. So merkt er wiederholt an, dass „die Bildungsabschlüsse der zugewanderten Bevölkerung und ihrer hier geborenen Nachkommen bei weitem nicht dem Qualitätsniveau der deutschen Bevölkerung“²¹ entsprechen. Hier werden vom Wissenschaftler pauschale Urteile sowohl über „die“ Einwanderer als auch über „die“ deutsche Bevölkerung abgegeben, die die Realität ohne jegliche Differenzierung verzerrt, sie politisch polarisierend darstellt und Brennstoff für Xenophobie liefert²². Es wird nicht erwähnt, dass das kritisierte niedrigere Ausbildungsniveau eines Teils der Zuwanderer und ihrer Kinder kein zwangsläufiges Ergebnis von Einwanderung, sondern vielmehr eine Folge der einseitigen Anwerbung von Unterschichten mit niedrigem Bildungsniveau und von Versäumnisse der Bildungs- und Integrationspolitik war. Dazu müsste nochmals weiter differenziert werden. Die Kinder der Spanier und Griechen Deutschlands weisen beispielsweise deutlich höhere und qualitativ bessere Bildungsabschlüsse auf als der statistische Durchschnitt der deutschen Kinder. Eine große Zahl der Zuwanderer kann bemerkenswerte berufliche Erfolge vorweisen. Viele von ihnen haben als Unternehmer zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen.

Birgs berühmt-berüchtigten Gutachten für die bayerische Landesregierung, durch das die mit dem Süssmuth Gutachten in Gang gekommene positive Bewertung von Einwanderung politisch abgewürgt wurde, greift auf seine schon erwähnte pauschale negative Bewertung des beruflichen Könnens der Zuwanderer

²⁰ Vgl. hierzu Karl-Heinz-Meier-Braun, Deutschland, Einwanderungsland. 2.Auflage, Suhrkamp, 2004 S.22 ff.

²¹ Birg, Die demografische Zeitenwende. a.a.O.S.16 , 20 f. So lagen die Bildungserfolge deutscher Unterschichten stets unter dem deutschen Durchschnitt. Dies wurde seit Jahren diskutiert, ohne, dass bisher eine Angleichung an die Durchschnittswerte der deutschen Gesellschaft gelang.

²² Eine ominöse Rolle spielen Vergleiche mit den statistischen Durchschnittswerten der Gesamtbevölkerung als Indikator für unzulängliche „Integration“. Die Werte der Ausländer zu Arbeitslosigkeit und Bildungsabschlüssen müssten mit den Durchschnittswerten vergleichbarer deutscher sozialer Gruppen in Bezug gebracht werden (z.B. Arbeitslose in Bremer Hafen und in einigen Gebieten Ostdeutschlands, oder die Bildungsabschlüsse der Kinder von Zuwanderern mit den Bildungsabschlüssen deutscher Arbeiterkinder). Auch der jeweilige Zeitpunkt der statistischen Durchschnittswerte müsste berücksichtigt werden.

zurück. Die Zuwanderung der Gastarbeitern in moribunde Industrien für manuelle Tätigkeiten und die Versäumnisse ihrer Integration werden für Birg auch für die Zukunft zum Modell zukünftiger Einwanderung. Damit ist das Ergebnis „Einwanderung kostet mehr als sie bringt“ vorprogrammiert. Dass aber wie in Birgs Gutachten für die bayerische Staatsregierung unterstellt wird, Zuwanderung, auch wenn sie besser gestaltet wird als in der Vergangenheit, ein volkswirtschaftliches Verlustgeschäft zu Lasten der endogenen Bevölkerung sein muss, ist eine in vielen Ländern durch die Geschichte ihrer Einwanderung widerlegte abenteuerliche Behauptung. Schließlich wäre auch das deutsche „Wirtschaftswunder“ ohne die Beiträge der über 20 Millionen Gastarbeiter nicht möglich gewesen²³.

5. Leerstelle Familienpolitik

Obwohl das Überleben der bundesdeutschen Gesellschaft in Zukunft auch wesentlich von einer steigenden Geburtenrate ihrer Frauen abhängen wird, findet sich hierzu in der „Zeitenwende“ nichts Konkretes. Familienpolitik ist geradezu eine Leerstelle. Auch die großen Unterschiede in den Fertilitätsraten und in der Familienpolitik der Industriestaaten werden nicht thematisiert. Die Ursache verschiedener Geburtenraten wird einseitig auf kulturelle Faktoren reduziert: „In Fragen der Fortpflanzung gibt es keine andere Erklärung für unser Wollen oder Nichtwollen als unsere kulturellen Prinzipien“. Neuerdings verweist Birg dazu auf „die antifamiliäre Kampagne der Frankfurter Schule und der 68 er Bewegung“²⁴ Dass hierzulande ein Drittel der Frauen kinderlos bleibt, wird primär als moralisches Problem gesehen – als Versagen bei der moralischen Pflicht, den notwendigen Nachwuchs für die Gesellschaft zu produzieren. Mögliche soziale Ursachen niedriger Fertilität, beispielsweise die Belastungen der Frauen durch

²³ Helmut Schmidt meinte unpolitisch und unhistorisch, dass die Anwerbung der Gastarbeiter die Modernisierung der deutschen Wirtschaft verhindert habe und daher Ludwig Erhards schlimmster Fehler gewesen sei. Hier werden der deutschen Wirtschaft und Politik besserwisserisch nachträglich wundersame Hellseherei und Askese im Kampf mit der internationalen Konkurrenz abverlangt. In der Zeit der Gastarbeitersanwerbung (1955- 1973) konnte niemand die künftigen Veränderungen in der Arbeitswelt durch die elektronische Revolution, Automatisierung und beginnende Globalisierung voraussehen – so z.B. den Zusammenbruch des einheimischen Schiffsbaus oder dass der Kohleabbau durch billige Importe aus Übersee zu teuer werden würde. Die deutsche Wirtschaft wäre ohne ausländische Arbeitskräfte in der Phase der Gastarbeiteranwerbung (1955-1973) bis zum Einsetzen der Automatisierung manueller Arbeit längst nicht mehr konkurrenzfähig gewesen und aus allen Märkten herausgebügelt worden.

²⁴ Birg. Die demografische Zeitenwende, a.a.O. S.19, Birg im Interview, Die Welt.5.10. 2005.

Studium und Beruf oder die – im Unterschied zu Frankreich – extreme Benachteiligung allein erziehender Mütter, kommen dabei wenig oder gar nicht in den Blick.

Erst neuerdings plädiert Birg für eine massive staatliche Bevölkerungspolitik²⁵. Gefordert werden von ihm nun „hochwertige Betreuungseinrichtungen ab dem Vorschulalter sowie Ganztagschulen zur Unterstützung der Erziehungsleistungen der Eltern“, ferner die Erhöhung von Kinderfreibetrag, Kinder- und Erziehungsgeld'. Zusätzlich zu diesen in Frankreich und in skandinavischen Länder praktizierten Maßnahmen, sollen „Mütter bei Stellenbesetzungen durch Frauen Priorität“ haben. Es wird auch ein demokratisch nicht legitimierbares „Familienrecht“ gefordert: Eltern sollen bei Wahlen das Stimmrecht für ihre noch unmündigen Kinder erhalten, - ein Vorschlag, der darauf hinausläufe, dass Kinderlosigkeit zur Benachteiligung bei Wahlen führen, „erfolgreiche“ Zeugung aber mit einem Mehrfachwahlrecht prämiert würde.²⁶

Das neue bevölkerungspolitische Engagement Birgs ist verbunden mit Furcht erregenden Katastrophenszenarien. Die kommende demografische Katastrophe sei „schlimmer als der dreißigjährige Krieg“. In Überschriften ist die Rede von „Deutschlands demographischen Weltrekorden“. Es sei hierzulande „dreißig Jahre nach zwölf“²⁷. Auf dem Hintergrund dieser Dramaturgie kann aber gerade die von Birg geforderte staatliche Bevölkerungspolitik nur ein Beitrag unter anderen zur Abmilderung der demographischen Implosion sein. Dies umso mehr, da Birg die Behauptungen einiger Ökonomen, die Folgen der demografischen Entwicklung könnten durch Produktivitätssteigerung aufgefangen werden, zu Recht als Illusion erkennt. Dennoch wird von ihm auch jetzt die Alternative einer „kompensatorischen Zuwanderung“ noch entschiedener abgewiesen. Sie wird nun nicht nur wegen mangelnder Qualifikation der Zuwanderer, sondern vor allem mit o

²⁵ Birg, Die ausgefallene Generation, Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, München 2005.

²⁶ Birg. a.a.O. S.33, 149

²⁷ Birg, Die ausgefallene Generation, a.a.O. S. 33,149. Im Kapitel über „Deutschlands Weltrekorde“ erklärt Birg, die höhere Geburtenhäufigkeit Deutschlands gegenüber Italien, Spanien und Griechenland aus dem Nachwuchs seiner eingebürgerten Zuwanderer (!). Auch wenn man akzeptieren würde, dass die Kinder von Zuwanderern und eingebürgerten Deutschen aus nationalen Bevölkerungsstatistiken zu eliminieren seien, ergäbe sich wegen des sich dann ergebenden Gleichstandes der Fertilität der „echten“ Deutschen mit der Fertilität Südeuropas und der von Birg selbst erwähnten noch niedrigeren Fertilität der meisten Staaten Osteuropa immer noch kein „Weltrekord“ für Deutschland.

u der Verantwortung für die Herkunftsländer gerechtfertigt. „Denn Einwanderer, die in Deutschland Probleme lösen, können dies nicht in ihren Herkunftsländern tun. ...Bevölkerungspolitik durch Einwanderung ist den Herkunftsländern der Einwanderer auf die Dauer nicht zuzumuten ... und sie wird auch der Verantwortung nicht gerecht ... die wir auch gegen uns selbst haben. ... Die Verantwortung gegen uns selbst, schließt jene ... gegenüber unseren Kindern und Enkeln ein, denen wir nicht nur eine natürliche intakte Umwelt sondern auch eine soziale Mitwelt hinterlassen sollten, die sie nicht belastet“²⁸.

Im Klartext: Zuwanderung ausländischer Herkunft ist soziale „Mitweltbelastung“. Mit der angeblichen Rücksicht auf die Herkunftsländer wird das individuelle Menschenrecht auf Auswanderung - vor allem auch Auswanderung wegen perspektivenloser individueller ökonomischer Zukunft und politischer Unterdrückung ausgehebelt. Aus vorgeschobener Verantwortung wird zugleich die Abschottung des schrumpfenden und immer noch reichen Europas gegenüber dem wachsenden Zuwanderungsdruck legitimiert. Das eigentliche Motiv sind dabei aber die Ängste vor ausländischer Zuwanderung und der missionarische Eifer, sie zu verhindern. Wie die Politiker Schily und Beckstein²⁹ in der schlimmen politischen Ausländerabwehrkampagne Ende der neunziger Jahre schürt Birg dafür erneut die Ängste vor einer angeblich „extrem hohen Einwanderung“: „Es kommen jedes Jahr immer noch etwa 700.000 bis 800.000 – mehr als unsere Geburtenzahlen im Inneren“³⁰. Der Wissenschaftler Birg weiß, dass er hier statistische Trickserei betreibt. Seine statistischen Angaben beziehen sich auf die Gesamtheit aller Einreisen nach Deutschland und nicht auf die Nettozuwanderung nach Abzug der Ausreisen. Letztere betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 80.000 bis 100.000 Personen – innerhalb Europas liegt Deutschland damit an siebter Stelle der Einwanderung (pro Kopf der Bevölkerung). Der Vergleich der Einreisen mit den Geburtenzahlen Deutschlands ist schiere Demagogie.

²⁸ Birg. Die ausgefallene Generation, a.a.O, S.146

²⁹ Vgl. Hierzu „Beckstein im Interview“, in :“Der Spiegel vom 12.1.2000. Beckstein und Schily hatten damals eine jährliche Zuwanderung nach Deutschland von 700.000 Migranten behauptet.

³⁰ Birg. Die Welt, „Schlimmer als der dreißigjährige Krieg, 5.10.2005“

Birg prognostiziert mögliche katastrophale Folgen der demographischen Schrumpfung und Alterung Deutschlands. Daher plädiert er zuletzt für Verstärkung der Geburtenzahlen durch Familienpolitik. Im unermüdlichen und anhaltenden Kampf Birgs gegen Zuwanderung offenbart sich der völkische Kern seiner düsteren Zukunftsszenarien: Das Geburtendefizit bedroht die Zukunft „der“ Deutschen. Die Zuwanderung jedoch bedroht "ihre" Zukunft schon jetzt. Sie macht die Deutschen unwiderruflich zur Minderheit in einer " "Surrogatgesellschaft" "ihres" Landes. Auf die Gesinnungsgemeinschaft, in die sich Birg mit solchen Vorstellungen begibt, wird in einem Beitrag der Wochenzeitschrift "Die Zeit" aufmerksam gemacht: „Im Internet findet sich kaum eine NPD - Seite die nicht vor Äußerungen des Bielefelder Katastrophisten strotzt³¹

6. Kulturelle Homogenität statt Multikulturalismus

Mit ähnlichen politischen Prämissen wie Herwig Birg hat vor allem Charlotte Höhn, die Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und Nachfolgerin Birgs in der Präsidentschaft der Gesellschaft für Bevölkerungsforschung, die öffentliche Debatte über Einwanderung beeinflusst. Höhn erlangte 1994 internationale Berühmtheit. Als Delegierte der Bundesrepublik bei der Kairoer Konferenz über Entwicklung und Demographie hatte sie nach einem Zeitungsinterview³² zu Beginn der Konferenz die Unterlegenheit der durchschnittlichen Intelligenz von Afrikanern behauptet und erklärt, es bestehe keine Notwendigkeit, dass sich kranke Menschen vermehren. Aufgrund dieser Äußerungen musste Höhn die Konferenz vorzeitig verlassen.

Das Thema Einwanderung in die Bundesrepublik sprach Höhn öffentlich erstmals in ihrer Presseerklärung zu einer Ende 1999 veröffentlichten Studie des UN-Bevölkerungsinstituts an. Diese viel beachtete Studie über die Demographie der westlichen Industriestaaten kam zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerungszahl Europas bis 2050 nur durch 100 Millionen Zuwanderer aufrechterhalten werden könne. In der Bundesrepublik werde die Bevölkerung ohne Einwanderung von 82

³¹ Biörn Schwentker, Aussterben abgesagt, Die Zeit, Nr. 24, 8.Jui 2006, s.36

³² Le Monde Diplomatique, Oc.1994, p.5

auf 58 Millionen schrumpfen. Die so genannte Unterstützungsrelation, das heißt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter im Verhältnis zur Zahl der Senioren (derzeit 4,4:1), könne nur durch eine utopisch erscheinende Zuwanderung von jährlich über drei Millionen beibehalten werden; dadurch würde die bundesdeutsche Bevölkerung bis 2050 auf 295 Millionen anwachsen.

Diese Zahlen benutzte Charlotte Höhn in ihrer Presseerklärung als Munition gegen die Einwanderung. Die Zahl von jährlich drei Millionen Zuwanderern mache deutlich, dass es sich bei der UN-Studie doch ganz offensichtlich nur um „ein müßiges Zahlenspiel“ handle. Zuwanderung, dies werde hier „erkennbar“, sei keine Lösung für die Probleme der Bevölkerungsentwicklung. Der Vorschlag der UN-Studie, das Renteneintrittsalter auf 74 Jahre zu erhöhen, zeige jedoch, dass die Probleme der Bevölkerungsentwicklung „auf anderem Wege als über Zuwanderung“ bewältigt werden könnten. Mit der einfachen Formel „Verlängerung der Lebensarbeitszeit statt Einwanderung“ war das Thema Einwanderung vom Tisch. Diese Einschätzung der damaligen Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung fand in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit; die von ihr genannten Zahlen und Argumente wurden zum festen Repertoire der vermeintlichen „Experten“ der deutschen Stammtische.

Dabei hatte Höhn geflissentlich übersehen, dass eine jährliche Zuwanderung im Umfang von drei Millionen Menschen in der UN-Studie keineswegs als Handlungsvorschlag zur Diskussion gestellt worden war. Konkret angeregt wurden dort Zuwanderungsraten von maximal 500 000 Menschen, und dies in Kombination mit anderen Maßnahmen, wie beispielsweise der Erhöhung der Lebensarbeitszeit.

Neben Herwig Birg und Charlotte Höhn könnten noch zahlreiche andere politisch ähnlich orientierte Personen angeführt werden.³³ Die von Charlotte Höhn betriebene pauschale Abqualifizierung von Zuwanderung, demonstriert ein von ihr mitverfasstes Buch über die demographische Entwicklung in Europa.³⁴ Diese

³³ Vgl. Dieter Oberndörfer, *Demographie und Politik, a.a.O Deutschland in der Abseitsfalle*, Freiburg 2005, S. 97-103. Zu erwähnen sind in unserem Kontext insbesondere der Bamberger Demograph Josef Schmidt und neuerdings der Soziologe Stefan Luft.

³⁴ Manfred Wöhlcke, Charlotte Höhn und Susanne Schmid, *Demographische Entwicklungen in und um Europa. Politische Konsequenzen*, Baden-Baden 2004. Die folgenden Zitate ebd., S. 165 f., 197, 185 f., 165 f., 197, 165, 151.

Abhandlung ist eine wahre Fundgrube für die politischen Positionen ihrer Verfasser. Bei der Lektüre entsteht der Eindruck, dass die Autoren aus Furcht vor dem Druck „politisch Korrekter“ ihre Meinung nur gefiltert auszudrücken wagen: „Tonangebend in der öffentlichen Diskussion über Migration, Asyl und Minderheiten sind die Befürworter möglichst liberaler Regeln. Ihnen ist es gelungen, dieses Thema in einer Weise moralisch aufzuladen, dass die Grenzen der ‚Political Correctness‘ für kritische Einwände sehr eng gezogen sind.“

So ist denn das Gemeinschaftswerk voll von Klagen über die „zunehmende Delegitimierung des ethnisch definierten Nationalstaates“, die „großzügige Ausländergesetzgebung (einschließlich der Regelung für Familiennachzug)“, „die politischen Laisser-faire-Illusionen bezüglich der Rückkehr bzw. Integration von Ausländern“, „die multikulturelle Utopien“, die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit von Pro-Migrations- und Pro-Asyl-Lobbies“, den „Asyltourismus“ und „die Interessen linker Parteien an neuen Themen nach dem Zusammenbruch des Sozialismus“. Besonders bizarr wirkt die These, dass das „in den westlichen Ländern garantierte politische Asyl [...] von Despoten auf der ganzen Welt als Erpressungsinstrument benutzt werden“ könnte. Letztere seien „jederzeit in der Lage [...] politische Flüchtlinge zu produzieren“, im Wissen darum, dass ihre Aufnahme „durch die Verfassungen liberaler Staaten“ garantiert sei.

Im Eifer des Kampfes der Autoren gegen die „tonangebenden Befürworter möglichst liberaler Regelungen“ fehlt wirklich nichts, „darf nicht unerwähnt bleiben“, was je als negative Folge von Zuwanderung genannt wurde. So heißt es: „Das verbreitete Bemühen der Ausländerlobbys, die Ausländerkriminalität zu relativieren, ändert nichts an der Tatsache, dass die europäischen Staaten Kriminalität importieren, und zwar solche auch jenseits der so genannten Bagatelldelikte (zum Beispiel Terrorismus, Mord, organisiertes Verbrechen, Einbruch, Diebstahl, Drogenhandel, Geldwäsche, illegale Prostitution, Menschenhandel). In diesem Zusammenhang ist unter anderem der Aufenthalt jener Ausländer in Deutschland zu erinnern, die das Attentat auf das World Trade Center verübten.“

Neues bringt die Kritik der Autoren am Multikulturalismus. Sie räumen zwar ein, dass die Kulturen aller Länder – also auch die Kultur der Bundesrepublik – das

Ergebnis kultureller Mischungen sind. Da dies für Multikulturalismus spricht, versuchen sie im nächsten Schritt den angeblich homogenen nationalen Charakter der deutschen Kultur zu retten, indem sie das entstandene Ergebnis der Mischung zur verbindlichen, nunmehr quasi-homogenen Nationalkultur für die Zukunft machen. Das Motto: In der Vergangenheit war kulturelle Mischung legitim – aber in Zukunft bitte keine mehr. Ihr Fazit: Einwanderung kriminalisiert die Aufnahmegesellschaften und ist zwecks Sicherung der kulturellen Homogenität unerwünscht.

7. Die Blockade weiterer Einwanderung

Die Überlegungen Birgs und Höhns könnte man getrost vernachlässigen, hätten sie nicht formative Bedeutung für die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Zuwanderung. Die politischen Ansichten Herfried Birg und Charlotte Höhn haben, gestützt durch ihr wissenschaftliches Renommee als Präsidenten der Gesellschaft für Bevölkerungsforschung, den Verlauf der politischen Auseinandersetzung über die Öffnung der Bundesrepublik für Zuwanderung wesentlich geprägt. Birg und Höhn zeigen exemplarisch, dass die Anfälligkeit der Bevölkerungswissenschaft für völkische Ideologie und ihre politische Instrumentalisierung nicht der Vergangenheit angehört, sondern fortbesteht. Birg und Höhn befinden sich damit aber nicht im Widerspruch zur derzeitigen politischen Praxis, sondern sie helfen vielmehr diese politische Praxis zu legitimieren.

Die Punkte, in denen sie und die politische Praxis übereinstimmen, lassen sich auf die Formel bringen: Die Bevölkerung Deutschlands soll unter sich bleiben. Die Zuwanderer, die schon hier sind, müssen „integriert“ werden. Vor Zuwanderern, die dazu nicht geeignet sind, muss die deutsche Gesellschaft geschützt werden.

Das unter der Regierung Schröder in einer großen Koalition mit den Unionsparteien verabschiedete Zuwanderungsgesetz – amtlich ganz zu Recht als „Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz“ bezeichnet - schützt die Deutschen vor weiterer quantitativ bedeutenden Zuwanderung: Zwar können nach ihm so

genannte „Hochqualifizierte“ wie Wissenschaftler, Spezialisten oder leitende Angestellte und kapitalkräftige Unternehmer ein Niederlassungsrecht erhalten. Von dieser Möglichkeit konnten im Jahr 2005 jedoch nur ganze 900 Personen Gebrauch machen. Mit dieser geringen Zahl macht sich die Republik Deutschland, ein Land von 82 Millionen, nicht nur in der Perspektive klassischer Einwanderungsländer, sondern auch in europäischen Nachbarstaaten wie der Schweiz, Großbritannien und Frankreich, zum Gespött. Dass dabei auch wirtschaftliche Eigeninteressen Deutschlands verletzt werden, soll hier nicht weiter thematisiert werden

In Einwanderungsländern wird Zuwanderern die Möglichkeit dauerhaften Verbleibs geboten. Gerade aber dauerhafter Verbleib wird wenig gewünscht. Das Gastarbeitermodell bleibt weiterhin das vorherrschende Muster der „Zuwanderung“ nach Deutschland³⁵. Der Anwerbestopp von 1973 wurde nicht aufgehoben. Die große Zahl der von der Wirtschaft oder in der Gesundheitsversorgung und Altenbetreuung benötigten Arbeitskräfte wird wie bisher nur temporär beschäftigt. In der Form von Ausnahmereverordnungen für Saisonarbeit lebt das Gastarbeitermodell weiter. So wurden seit längerem jährlich durchschnittlich 300.000 bis 350.000 befristete Arbeitserlaubnisse, meist für Saisonarbeit in der Landwirtschaft (90 Tage), erteilt. Dazu kam ein riesiges Heer temporärer Arbeitskräfte, die über Werkverträge ausländischer Unternehmer oder als reguläre Besucher einreisten und als Schwarzarbeiter im Baugewerbe, in Haushalten und anderen Bereichen vorübergehend tätig wurden.

Zugleich ist die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen nach der Genfer Konvention auf ein historisch präzedenzlos niedriges Niveau gesunken. Ihre Zahl hat sich seit den neunziger Jahren sukzessiv von durchschnittlich 100000 auf 25.000 Personen verringert. Von ihnen haben nur etwa drei Prozent die Chance ein Bleiberecht zu erhalten.

Bisherige Möglichkeiten weiteren Zuzugs werden durch neue Bedingungen der Familienzusammenführung, wie deutsche Sprachkenntnissen der Ehepartner und

³⁵ Vgl. Dieter Oberndörfer, Die Rückkehr der Gastarbeiterpolitik, Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 6 2005, 725-735

Kinder, in Frage gestellt, - Forderungen, die selten erfüllt werden können. Ferner soll die Einbürgerung von Ausländern durch Sprachtests und Bildungskataloge erschwert werden, denen selbst von den meisten Abstammungsdeutschen nicht entsprochen werden kann. Die Lebensbedingungen der so genannten "Geduldeten" Flüchtlinge, - etwa 200000 Personen von denen sich die Hälfte seit mehr als zehn Jahren in Deutschland aufhält, - haben sich trotz ausführlicher Debatte ihrer inhumanen Qualität nicht verbessert. Durch kleinliche restriktive Bestimmungen zur Arbeitserlaubnis und zu den Bildungschancen ihrer Kinder wurden ihre Lebensbedingungen weiter verschlechtert. Für die Einbürgerung oder für ein gesichertes Bleiberecht gibt es für die mehrheitlich überdurchschnittlich gebildeten und oft hoch motivierten Geduldeten nach wie vor nur minimale Chancen³⁶.

Alles läuft darauf hinaus, die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland und deren dauerhaften Verbleib möglichst einzuschränken und die vermeintliche Homogenität der deutschen Gesellschaft vor ihnen zu schützen.

Die Bilanz der derzeitigen dieser Zuwanderungspolitik widerspricht dem menschenrechtlichen Fundament des Grundgesetzes Deutschlands. Sie gefährdet die Legitimität der politischen Ordnung Deutschlands. Ihre Unterstützung durch völkisches Denken im Mantel scheinbarer Wissenschaft darf nicht hingenommen werden.

³⁶ Vgl. Dieter Oberndörfer, Geduldet in der Warteschlange, Frankfurter Rundschau, Dokumentation, 4.5.2006